



Hans-Gert Pöttering referierte beim Parlamentarischen Abend der CDU-Mittelstandsvereinigung in Wörme.

Foto: po

„Das Recht hat die Macht, nicht die Macht hat Recht!“

Hans-Gert Pöttering referierte auf dem Parlamentarischen Abend des MIT-Kreisverbandes

Wörme. Brexit, Flüchtlingskrise, erstarkender Nationalismus: Europa steht vor großen Herausforderungen. Welche Lösungsansätze gibt es? Was macht Europa im Kern aus? Themen, zu denen die Mittelstandsvereinigung Harburg-Land einen Experten befragen und referieren lassen konnte: Beim Parlamentarischen Abend begrüßte der MIT-Vorsitzende Wilfried Uhlmann den früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering (CDU). Seit 2010 ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Im Europäischen Parlament war Pöttering von Anfang an dabei, er hatte bereits zur ersten Europawahl 1979 erfolgreich kandidiert. Im Mittelpunkt seiner Rede standen immer wieder die europäischen Werte, die es zu schützen gelte. „Wir hätten die deutsche Einheit nicht ohne Lech Walesa und seine Solidarnosc und auch nicht ohne Unterstützung des polnischen Papstes Johannes

Paul II. bekommen“, sagte Pöttering. „Ich erzähle das, damit wir nicht vergessen, dass sich unsere Werte durchgesetzt haben. Das sollte uns ermutigen, auch 2017 und in den kommenden Jahren die Probleme zu lösen – wenn wir es denn wollen.“ Ergebnisse könnten nur auf Basis geltenden Rechts und des Dialogs erzielt werden. „Es muss gelten: Das Recht hat die Macht, nicht: Die Macht hat Recht!“

Was passiert, wenn die Macht das Recht bestimmt, zeige sich außerhalb der EU. Beispiel Ukraine: „Wir können nicht akzeptieren, dass Russland die Krim beansprucht“, sagte er. Und damit von ihr selbst unterzeichnete völkerrechtliche Vereinbarungen über die Unverletzlichkeit der Grenzen breche. Oder das Beispiel China: „Ein Menschenrechtler ist gestorben, wird sofort eingeschert und auf See bestattet, damit keine Pilgerstätte entstehen kann.“ Doch auch in der EU gebe es Regelverletzungen: „Der ungarische Ministerpräsident Orban will den Nichtregierungsorganisationen die Zügel anlegen“ und setze sich damit über bindende europäische Regelungen hinweg. Doch auch die Sprache ist verräterisch: „America first“ bedeutet im Ergebnis: Es wird es keine Kompromisse mehr geben.

Englands Ex-Premier David Cameron habe jahrelang kein gutes Haar an der EU gelassen. „Wie soll das Volk dann an etwas anderes glauben?“, fragte Pöttering im Hinblick auf den daraus resultierenden Brexit. „Aber Brüssel ist kein Blitzableiter für unsere Probleme auf nationaler, Länder- oder Landkreisebene.“

Pöttering zum Thema Migration: „Wenn wir unsere Außengrenzen mit Stacheldraht, Tränengas und Patrouillenhunden sichern, würden wir unsere Werte verraten. Aber wir müssen Unterschiede machen zwischen Menschen, die wirklich Asyl brauchen, und Wirtschaftsflüchtlingen, deren Motive man nachvollziehen kann.“ Man könne dieses Problem aber nicht auf deutschem und europäischem Boden lösen. Vielmehr seien die Probleme in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Auch hier gelte in Europa: „Nicht allein die deutsche Perspektive kann die Sichtweise prägen, sondern auch die der anderen EU-Länder. Denn die Probleme eines EU-Landes sind Probleme der ganzen Union.“

Für die Zukunft der EU sei der neue französische Präsident Macron ein großes Glück, da er eine Modernisierung der EU anstrebe. Er zollte dem deutschen Finanzminister

Wolfgang Schäuble für dessen Engagement in der Finanzmarktkrise großen Respekt. „Ich selbst bin dafür, ein europäisches Finanzministerium zu etablieren, das die Einhaltung der Drei-Prozent-Regel beim Haushaltsdefizit aller Staaten überwacht. Dies stellt keinen Eingriff in nationales Recht dar, da die Länder sich freiwillig zur Einhaltung der Drei-Prozent-Regel verpflichtet haben.“

Zur aktuellen Lage in Spanien und der drohenden Abspaltung Kataloniens sagte Pöttering, dass die spanische Verfassung die Einheit des Landes vorsehe, die EU könne daher gar nicht anders, als sich an die Seite Spaniens zu stellen. Er mahnte zum Dialog, um im Rahmen einer Föderation eine Regelung zu finden.

Was braucht nun Europa für eine sichere Zukunft? „Eine wettbewerbsfähige, soziale Marktwirtschaft muss die Grundlage sein“, sagte Pöttering. Auch die in Deutschland aktuelle Debatte um den Begriff Heimat habe damit zu tun: „Wer nur seine eigene Heimat sieht, wird sie nicht schützen. Das führt zu Nationalismus, und der führt zwangsläufig zu Krieg. Heimat, Vaterland und Europa gehören zusammen. Wenn wir auf dieser Grundlage arbeiten, bin ich zuversichtlich für die Zukunft.“